

Guger, Alois

Article

Ist die Beschäftigungspolitik am Ende?

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Guger, Alois (1978) : Ist die Beschäftigungspolitik am Ende?, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 4, Iss. 1, pp. 9-26

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/331993>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist die Beschäftigungspolitik am Ende?

Alois Guger

I. Einleitung

1. Das Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg bildete eine Phase anhaltender Prosperität, die in der Wirtschaftsgeschichte ohne Beispiel sein dürfte. Die reale Produktion pro Kopf stieg in Westeuropa im Zeitraum 1950—1970 mit 4 Prozent im Jahresdurchschnitt viermal schneller als in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Entsprechend positiv war die Beschäftigungslage: Zwischen 1920 und 1938 waren durchschnittlich 5,4 Prozent arbeitslos, während in den fünfziger und sechziger Jahren 2,9 beziehungsweise 1,5 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung keine Beschäftigung fanden. In vielen Ländern überholte die Arbeitskräftenachfrage beträchtlich das Angebot, und die Ausländerbeschäftigung nahm rapid zu.

Vielschichtige Faktoren, wie beispielsweise der rasche Wiederaufbau, der progressive Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und ein ausreichendes Wachstum des Rohstoff- und Energieangebots, haben diese lange Expansionsphase ermöglicht. Daß diese Entwicklungsmöglichkeiten in so hohem Maße auch ausgenützt wurden, ist aber zweifellos zu einem sehr wesentlichen Teil auf die aktive Beschäftigungspolitik zurückzuführen, die auf der Grundlage der Lehren von J. M. Keynes in der Nachkriegszeit in die Wirtschaftspolitik Eingang fand.

Die »grand neoclassical synthesis«, die Keynes in die neoklassische Lehre integrierte, eroberte die Lehrbücher sowie den überragenden wirtschaftspolitischen Einfluß und eröffnete einen optimistischen Ausblick:

»Enden wir mit dem optimistischen Ergebnis unserer makroökonomischen Untersuchungen. Weder teilen wir den klassischen Glauben, daß sich eine utopische Stabilität von selbst einstellt, noch den Pessimismus der Vorkriegszeit, daß die klassischen Lehren für eine Welt von heute nicht mehr brauchbar seien. Wir gelangen vielmehr zu einer »neoklassischen Syn-

these«... Sie zeigt, daß man mittels geeigneter währungs- und finanzpolitischer Maßnahmen die gesamtwirtschaftlichen Daten so setzen kann, daß die alten mikroökonomischen Wahrheiten wieder gelten«, schreibt P. Samuelson.¹

Zwei Jahrzehnte war diese Politik der Nachfragesteuerung sehr erfolgreich, bei schleichender, aber nicht akzelerierender Inflation zeigten die Arbeitslosenraten einen deutlich fallenden Trend. Ende der sechziger Jahre begannen aber die Schwierigkeiten: Die Arbeitskosten und die Preise begannen stark und differenziert zu steigen, was 1971 zur Zerschlagung der Weltwährungsordnung und schließlich zur stärksten Wirtschaftskrise seit den dreißiger Jahren führte, von der sich die Weltwirtschaft heute noch nicht erholt hat.

2. Diese Entwicklung hat die Beschäftigungspolitik und damit den »Keynesianismus« diskreditiert und eine unglaubliche Renaissance der vorkeynesianischen Lehren ausgelöst. F. A. Hayek verkündet: »The Keynesian dream is gone« und stellt fest: »... the present unemployment is the direct and inevitable consequence of the so-called full employment policies pursued for the last 25 years.«² M. Friedman, der prominenteste Vertreter einer modernen Version der orthodoxen Geldlehre, vertritt eine äquivalente Ansicht und spricht von einer »Gegenrevolution in der Geldtheorie«.³

Beide Theoretiker sehen die Hauptursachen für die gegenwärtige Krise in der zu starken monetären Expansion. Im Rahmen der Beschäftigungspolitik wurde das Geldangebot zu stark erhöht und über einen inflationären Prozeß eine Fehlallokation herbeigeführt, die einen Beschäftigungsanstieg über das »natürliche« Niveau hinaus zur Folge hatte. Dieser Zustand der »Überbeschäftigung« könne aber nur durch eine akzelerierende, nämlich nicht antizipierte Inflation erhalten werden, so daß einer solchen »Überbeschäftigungspolitik« eine Grenze gesetzt ist. Arbeitslosigkeit folgt nach dieser Konzeption notwendig auf Inflation, und das Ziel der Preisniveaustabilität, das nur über eine Kontrolle des Geldangebots erreicht werden kann, wird zum absolut wichtigsten Ziel.

Das Bild der Entwicklung der Weltwirtschaft seit dem Beginn der siebziger Jahre, hohe Inflations- und gleichzeitig hohe und steigende Arbeitslosenraten, hat natürlich die Popularisierung dieser Ansichten stark begünstigt.⁴ Dies um so mehr, als die Lehrbücher und die Wirtschaftspolitik dominierende »neoklassische Synthese« keine Erklärung dieses Problems der Stagflation anzubieten hatte.

Jene Keynesianer, die, wie R. Kahn und J. Robinson, mit Keynes selbst gearbeitet und diese Interpretation als »Bastard Keynesianism« abgelehnt haben, waren nie optimistisch und sahen die mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung verbundenen Probleme schon zur Zeit der Veröffentlichung der *General Theory*, als die Depression noch anhielt: »Der Punkt, an dem Vollbeschäftigung eintritt, ist alles andere als ein Ruheplatz des Gleichgewichtes, er erscheint mir vielmehr als Abgrund, über dessen Rand der Geldwert, hat er ihn erst mal erreicht, in eine bodenlose Tiefe stürzen muß«, schrieb J. Robinson 1936.⁵ Heute hält auch sie die Standardinterpretation für genug diskreditiert: »Now, it seems that the bastard Keynesian era is coming to an end in general disillusionment; the economists have no more idea what to say than they had when the old equilibrium

doctrin collapsed in the great slump. The Keynesian revolution still remains to be made both in teaching economic theory and in forming economic policy.«⁶

3. In diesem Beitrag möchte ich die Entwicklung seit dem Krieg aus dem Keynesschen Werk heraus erklären und argumentieren, die Ratlosigkeit des Lehrbuchkeynesianismus sei darin begründet, daß diese Interpretation die Keynessche Theorie ihres revolutionären Charakters beraubt und nur einen kurzfristigen, technischen Aspekt des Beschäftigungsproblems herausgearbeitet hat, daß aber für die Erhaltung der Vollbeschäftigung langfristig bedeutsame Elemente der Keynesschen Theorie übergegangen wurden. Besonders wichtig für die Erklärung der jüngsten Entwicklung halte ich die inflationstheoretische Basis der *General Theory*: Das Preisniveau wird nicht quantitativstheoretisch aus dem Geldangebot, sondern aus der Entwicklung der Geldlöhne erklärt, womit »der Geldwert in Beziehungen zwischen Menschen und nicht in einem festen, objektiven Standard begründet liegt.«⁷ Die Preisniveauentwicklung eines Landes hängt von den Geldlöhnen, die zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer ausgehandelt werden, und damit stark von außerökonomischen, politischen und institutionellen Faktoren ab und kann nicht durch einfache, technische Manipulationen im Geldsystem an die außenwirtschaftlichen Erfordernisse angepaßt werden, so daß ein System fester Wechselkurse zu großen Zahlungsbilanzproblemen führen muß.

II. Die Keynesianische Revolution und ihre Paralyse

1. Als zur Zeit der großen Depression zwischen den beiden Weltkriegen die orthodoxen Ökonomen lehrten, der *Laissez-faire*-Kapitalismus tendiere stets zu einer Vollbeschäftigung aller Ressourcen und die hohen Löhne seien die Ursache für die hohen Arbeitslosenraten, zeigte J. M. Keynes in *The General Theory of Employment, Interest and Money*, 1936, das Problem des Mangels an effektiver Nachfrage in einer privaten Geldwirtschaft erstmals überzeugend auf und brachte die ökonomische Theorie »back into contact with the real world.«⁸ Er verließ »the abstraction of a neutral monetary economy (and) is dealing with the monetary economy in which we happen to live.«⁹

2. Methodisch bricht Keynes aus dem Gleichgewichtsd Denken aus. Er gibt den logischen Zeitbegriff auf und studiert die Entwicklung des Systems in historischer Zeit, die sich nur in eine Richtung bewegt und irreversibel ist. Die Gegenwart bedeutet eine Zäsur zwischen einer unwiderruflichen Vergangenheit und einer unbekannten Zukunft.¹⁰ Unsicherheit und Erwartungen, die eine schwache Basis haben und oft abrupten und wilden Schwankungen unterliegen, beherrschen heutige Entscheidungen, deren Ergebnisse in der Zukunft liegen. Die entscheidende ökonomische Variable, die davon betroffen ist, sind die Investitionsentscheidungen. Auf dieser Einsicht beruht die Kausalstruktur des Keynesschen Modells, wonach bei gegebener Ausgabenneigung der Konsumenten die Investitionen das gesamtwirtschaftliche Output- und Beschäftigungsniveau bestimmen.

Das Angebot an Faktoren steckt nur die Produktionsmöglichkeiten ab; inwieweit diese ausgenutzt werden, hängt vom Niveau der effektiven Nachfrage ab, die sich aus den Konsum- und Investitionsausgaben zusammensetzt. Da der Konsum vom laufenden Einkommen abhängt, welches im Produktionsprozeß erzeugt wird, sind es letztlich die Investitionsentscheidungen — welche wieder von den gerade herrschenden Erwartungen über den gegenwärtigen und zukünftigen Konsum abhängen —, die das laufende Produktionsniveau bestimmen. Im Unterschied zum klassischen Modell stellen hier die Ersparnisse keine Vorbedingung für die Kapitalbildung dar. Die Investitionen finanzieren sich selbst und erzeugen gleichsam im Prozeß der Einkommensbestimmung die notwendigen Ersparnisse.¹¹ Über den Multiplikatorprozeß verändert sich das Einkommen so lange, bis sich die Investitionsnachfrage und das Sparangebot ausgleichen.

Während im klassischen System der Ausgleich über den Zinssatz herbeigeführt wurde, war das Resultat dieser Analyse »to leave the rate of interest in the air«.¹² Auf der Basis seines Unsicherheitskonzepts leitet Keynes eine Liquiditätspräferenztheorie des Zinses ab und erklärt den Zinssatz als »price« which equilibrates the desire to hold wealth in the form of cash with the available quantity of cash«.¹³ Neben den klassischen Recheneinheits- und Tauschmittelfunktionen des Geldes hebt er die Bedeutung der Wertaufbewahrungsfunktion — Geld als Vermögensgut — hervor und geht der Frage nach, warum Geld als Vermögen gehalten wird, obwohl andere Anlagen Zins- beziehungsweise Gewinnerträge bieten würden. Er meint »our desire to hold money as a store of wealth is a barometer of the degree of our distrust of our own calculations and conventions concerning the future«.¹⁴ Der Wunsch, liquide Mittel zu halten, entspringt aus der Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung der Ertragsraten. Der Zinssatz mißt bei gegebenem Geldangebot und festem Aktivitätsniveau die Prämie, die den Investoren geboten werden muß, sie davon abzuhalten, ihr Vermögen in Geld zu horten, und spiegelt damit deren Vertrauensstatus beziehungsweise die Labilität oder Festigkeit ihrer Erwartungen über die zukünftige Entwicklung wider. Wird an ein Zinsniveau mit genug Überzeugung geglaubt, so wird es eintreffen; womit der Zinssatz in hohem Ausmaß zu einem psychologischen und konventionellen Phänomen wird und durch Geldangebotsänderungen kaum beeinflußt werden kann. Die Nachfrage nach ertragbringenden Vermögenswerten beziehungsweise die Investitionstätigkeit einer Volkswirtschaft hängt davon ab, inwieweit die Ertragserwartungen der Anleger den¹⁵ Zinssatz, der die Liquiditätsprämie des Geldes mißt, übersteigen. Die Grundlage dieser Erwartungen »can only be taken as a result of animal spirits — of a spontaneous urge to action rather than inaction . . . economic prosperity is excessively dependent on a political and social atmosphere which is congenial to the average business man«, betont Keynes.¹⁶ Es sind die sich plötzlich verändernden Erwartungen über die Zukunft, die in einer Geldwirtschaft das Niveau der Beschäftigung bestimmen und die Instabilität begründen.

3. Einen zweiten Aspekt der Keynesschen Revolution, der in der Lehrbuchinterpretation übergangen wurde, bildet die Erklärung des Preis-

niveaus. Während in den orthodoxen Modellen die absoluten Preise quantitätstheoretisch durch das Geldangebot bestimmt werden, basiert die Keynesische Theorie auf dem »wage theorem«¹⁷: Die entscheidende Determinante für die Erklärung des Preisniveaus bilden die Geldlöhne. Steigen die Löhne, die von Arbeitnehmern und Unternehmern ausgehandelt werden, schneller als die Arbeitsproduktivität, so steigen die Preise proportional. Ihre fundamentale Rolle ist darauf zurückzuführen, daß sie nicht nur den wesentlichsten Kostenbestandteil darstellen, sondern auch Nachfrage bilden. »The money-wage is the fulcrum on which rests the whole structure...«, betont R. F. Kahn.¹⁸

Das Preisniveau ist also nicht durch die Geldmenge — einem festen, technisch regulierbaren Standard — eindeutig determiniert, sondern unterliegt neben ökonomischen in sehr starkem Maße historischen, politischen und soziologischen Einflüssen, die von Land zu Land stark variieren und langfristig festgelegt, nicht beliebig veränderbar sind. Während im klassischen *Laissez-faire*-System die Drohung, arbeitslos zu werden, eine Kontrolle der Lohn- und Preisentwicklung ausübte,¹⁹ dominieren in einem System, in dem Vollbeschäftigung durch Nachfragesteuerung gesichert wird, die sich historisch herausgebildeten, institutionellen Bedingungen diese Entwicklung. Daraus ergeben sich beträchtliche Differenzen in der internationalen Konkurrenzfähigkeit und bei festen Wechselkursen starke Belastungen für die Zahlungsbilanzen. Da die Preisentwicklung der unmittelbaren Beeinflussbarkeit durch die Geldpolitik entzogen ist, können langfristige Zahlungsbilanzungleichgewichte nur durch eine Anpassung der Wechselkurse entsprechend den langfristigen Trends unterschiedlicher Arbeitskostenentwicklungen verhindert werden.

4. Die Revolution im ökonomischen Denken, die Keynes auslöste, wurde besonders deutlich in seinen Beiträgen zur Diskussion der *General Theory* nach ihrer Veröffentlichung 1937.²⁰ Das Buch selbst ist noch stark von der alten Theorie durchsetzt und auf die aktuellen Probleme der Unterbeschäftigung zugeschnitten. Neben dem damaligen Aufblühen der Walrasschen Theorie war dies mit ein Grund, daß die Standardinterpretation dazu führte, »to smooth the meaning out of it«.²¹ Die »neoklassische Synthese« transformierte das historische Modell der *General Theory*, dem eine klare Kausalstruktur zugrunde lag, in ein Gleichgewichtsmodell und beseitigte das für Keynes zentrale Problem der Unsicherheit.²² Die für eine Erhaltung der Vollbeschäftigung so wesentliche Inflationstheorie auf der Basis des Lohntheorems wurde völlig unterschlagen. Der Inflationsprozeß wurde aus dem Beschäftigungsmodell erklärt und durch Überschußnachfrage verursacht gesehen. Das Problem der Lohninflation fand erst induktiv im Zusammenhang mit der Phillipskurvendiskussion seit 1958 Eingang in diese Konzeption.

Die Keynesische Problemstellung degenerierte zu einem interessanten Spezialfall des Allgemeinen Gleichgewichtsmodells, der durch Marktunvollkommenheiten, wie Lohnstarrheit und Zinsrigidität, auf Grund der Liquiditätsfalle zustande kommt und zu Unterbeschäftigung führt. Das Multiplikatormodell wurde in den Vordergrund gerückt und die Beschäftigungspolitik zu einem rein technischen Problem der Nachfragesteuerung.

III. Beschäftigung und Inflation als technische Probleme des Nachfragemanagements

1. Die Keynesische Output- und Beschäftigungsanalyse wurde rasch in die vorherrschende Lehre integriert und zu einer neuen Orthodoxie. Gestützt auf das Multiplikatormodell wurde eine »antizyklische Konjunkturpolitik« abgeleitet, wonach der Staat durch nachfragesteuernde Maßnahmen Vollbeschäftigung sichern kann: Über geldpolitische Eingriffe sollen Schwankungen in der privaten Investitionstätigkeit und durch fiskalpolitische Maßnahmen Nachfragebewegungen ausgeglichen werden.

1944 übernahm die britische Regierung mit dem *White Paper on Employment Policy* die Verantwortung für ein »hohes und stabiles Beschäftigungsniveau«. Kanada und Australien folgten unmittelbar, und der Kongreß der Vereinigten Staaten ging mit dem *Employment Act 1946* nach langen Auseinandersetzungen in deutlich abgeschwächter Form eine ähnliche Verpflichtung ein.²³

Diese Politik des Nachfragemanagements erwies sich als unerwartet erfolgreich: Großbritannien verzeichnete von 1948 bis 1966 mit wenigen Ausnahmen nur Arbeitslosenraten, die deutlich unter 2 Prozent lagen. Keynes selbst glaubte nicht, daß so ein niedriger Wert erreicht werden könnte. Als Lord Beveridge 1944 in seinem Buch *Full Employment in a Free Society* 3 Prozent als Zielgröße nannte, meinte Keynes: »No harm in aiming at three per cent unemployment, but I shall be surprised if we succeed.«²⁴

Abgesehen von den skandinavischen Staaten — vor allem Schweden — fand am Kontinent die aktive Beschäftigungspolitik mit deutlicher Verzögerung Eingang. Wie aus den Arbeitslosenraten in Tabelle 1 hervorgeht, erreichte die Bundesrepublik Deutschland die niedrigen Arbeitslosenraten von Großbritannien und Schweden erst ein Jahrzehnt später. Österreich hatte ein weiteres Jahrzehnt Rückstand und kam erst 1970 unter die 2,5-Prozent-Marke.

2. Die Beschäftigungspolitik der fünfziger und sechziger Jahre war an der Standardinterpretation als theoretische Grundlage orientiert. Unterbeschäftigung wurde als rein technisches Problem der kurzfristigen Nachfragesteuerung betrachtet. Äquivalent dazu wurde auch das Inflationsproblem aus dem Beschäftigungsmodell heraus einfach als ein Überhang an effektiver Nachfrage gesehen. Die Aufgabe der »antizyklischen Konjunkturpolitik« bestand daher darin, über fiskal- und geldpolitische Maßnahmen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage so zu steuern, daß die Schwankungen der privaten Ausgaben ausgeglichen und sowohl Arbeitslosigkeit als auch Inflation verhindert würden. Diese Maßnahmen waren rein kurzfristig orientiert; die Probleme aber, die eine langfristige Erhaltung der Vollbeschäftigung mit sich bringt, und die aus dem Keyneschen Werk heraus klar zu sehen gewesen wären, blieben in der »neoklassischen Synthese« verdunkelt.²⁵ Die Folge war, daß die Beschäftigung nicht mehr so sehr durch mangelnde effektive Nachfrage, sondern vielmehr durch Zahlungsbilanzprobleme begrenzt wurde. Zwei Aspekte müssen hier unterschieden werden:

- a) Einerseits führt bei festen Wechselkursen die isolierte Verfolgung eines expansiven Kurses durch ein Land zu steigenden Importen, ohne daß es zu einem Ausgleich auf der Exportseite kommt. Großbritannien bietet ein Beispiel für diese Situation: Gleich nach dem Zweiten Weltkrieg peilte die britische Regierung — alleingelassen von den übrigen großen Industriestaaten — eine konsequente Beschäftigungspolitik an, war aber auf Grund der Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu jenem Stop-and-go-Kurs gezwungen, der heute allgemein mit der britischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit in Verbindung gebracht wird.
- b) Andererseits bestimmen die Arbeitskosten und damit die Preise die internationale Konkurrenzfähigkeit einer Volkswirtschaft. Steigen die Preise in einem Land schneller als die der Handelspartner, so werden die Exporte sinken und die Importe zunehmen, so daß der Prozeß von seiten der Zahlungsbilanz begrenzt wird.

IV. Lohn- und Kosteninflation

1. Seit A. W. Phillips die Aufmerksamkeit auf einen empirisch nachweisbaren Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenrate und der Höhe der Zuwachsrate der Geldlöhne lenkte, wurde natürlich auch in der dominierenden postkeynesianischen Lehre das Problem der Lohninflation nicht vernachlässigt. Obwohl aus der anschließenden »Phillips-Kurven-Diskussion« eine enorme theoretische und empirische Literatur hervorging, wurde aber die gesamte Problematik nie ein integrativer Bestandteil des Standardmodells und der darauf begründeten Wirtschaftspolitik. Im wesentlichen wurde der Nachfrageansatz undifferenziert auf den Arbeitsmarkt übertragen, so daß dem nachfragepolitischen Instrumentarium eindeutige Dominanz zukam. Der von der klassischen Konzeption grundsätzlich verschiedene Preis- und Lohnbildungsprozeß der industriellen Gesellschaft²⁶ fand zuwenig Beachtung, und die notwendigen einkommenspolitischen Maßnahmen wurden — mit wenigen Ausnahmen, wie zum Beispiel Holland und Österreich — nur fallweise, kurzfristig und folglich mit wenig Erfolg eingesetzt. Natürlich setzte man sich theoretisch mit den Problemen der Lohn- und Gewinninflation sowie mit der Einkommenspolitik auseinander; sie wurde auch praktisch eingesetzt. Der bis zum Beginn dieses Jahrzehnts vorherrschende wirtschaftspolitische Optimismus zeigt aber deutlich, daß die ernststen Schwierigkeiten und notwendigen institutionellen Voraussetzungen, denen einkommenspolitische Maßnahmen zu begegnen haben, nicht gesehen oder unterschätzt wurden.

2. J. M. Keynes und vor allem seine Mitarbeiter R. F. Kahn und J. Robinson waren eher pessimistisch und sahen in der Erhaltung der Vollbeschäftigung ein sehr schwieriges Problem. 1943 schrieb Keynes: »A communist country is in a position to be very successful. Some people argue that a capitalist country is doomed to failure because it will be found impossible in conditions of full employment to prevent a progressive increase of wages.«²⁷ Die *General Theory* bezog sich aber auf den Fall der Unterbeschäftigung, in dem die Geldlöhne stabil waren oder zu sinken tendierten und Inflation kein Problem darstellte. Sie enthielt daher kaum

Aussagen über die Determinanten der Lohnentwicklung, obwohl alle nominalen Variablen in Lohneinheiten ausgedrückt waren.

Es war vor allem Joan Robinson²⁸, die bereits zur Zeit der Entstehung der *General Theory* dieses Modell über die Periode der Unterbeschäftigung hinausprojizierte und erkannte, daß bei Vollbeschäftigung die Lohn- und Preisentwicklung zu einem ernsten Problem werden würde. In der *Times* schrieb sie am 23. Jänner 1943: »Die Arbeitslosigkeit hat in einer privatkapitalistischen Wirtschaft nicht bloß die Aufgabe, die Disziplin in der Industrie zu bewahren, sondern auch indirekt die Aufgabe, den Geldwert zu erhalten. Sollte das freie Aushandeln von Löhnen, wie wir es bisher kannten, unter der Bedingung von Vollbeschäftigung fortgesetzt werden, würde sich ein dauernder Aufwärtsdruck auf die Geldlöhne einstellen... In Friedenszeiten würde die Teufelsspirale von Löhnen und Preisen chronisch werden.«²⁹ Die heute weit verbreiteten Versuche, »natürliche« Arbeitslosenraten zu bestimmen, zeugen von der tiefen Einsicht dieser Aussage.

3. Eine keynesianische Analyse der Inflation hat sich mit den Bestimmungsgründen der Geldlohnentwicklung auseinanderzusetzen. Sie kann dabei nicht von einem unpersönlichen Marktmechanismus ausgehen, wie er im neoklassischen Modell im Vordergrund steht, sondern muß berücksichtigen, daß die Löhne zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausgehandelt werden. Folgenden Faktoren scheint in diesem Lohnbildungsprozeß besondere Bedeutung zuzukommen:

- a) Politische, soziologische und historische Faktoren, die sich auch in der institutionellen Struktur einer Gesellschaft niederschlagen, haben einen entscheidenden Einfluß auf die *industrial relations*. Beispielsweise läßt eine zentralisierte Entscheidungsstruktur in den für die industriellen Beziehungen wichtigen Institutionen eher eine auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung abgestimmte Lohnpolitik erwarten als eine dezentrale Organisation.³⁰
- b) Wird die sich historisch herausgebildete und als *fair* empfundene Lohnstruktur gestört, so steigt die Wachstumsrate der Geldlöhne (*wage-wage-spirale*)³¹: Einerseits besteht eine starke Tendenz, die existierenden Lohndifferenzen (*wage-differentials*) zwischen unterschiedlichen Tätigkeiten innerhalb einer Branche zu bewahren. Veränderungen führen zur Verschlechterung der industriellen Beziehungen oder zu Lohnbewegungen, wie die Erfahrung in Großbritannien sehr deutlich macht.³² Andererseits wird auch die Struktur zwischen den Branchen erhalten; treten aber auf Grund von überdurchschnittlicher Produktivitäts- oder Nachfrageentwicklung einzelne Sektoren als Lohnführer (*leading industries*) auf, so wächst der Druck der übrigen Wirtschaft, nachzuholen.³³
- c) Der Antizipation erwarteter Preissteigerungen in den Lohnabschlüssen kommt vor allem in Zeiten hoher beziehungsweise akzelerierender Inflationsraten große Bedeutung zu. Die Erwartung steigender Preise erhöht die Lohnforderungen und die Bereitschaft der Unternehmer, diesen nachzugeben. Je vollständiger Preiserwartungen in die Lohnabschlüsse eingehen, um so stärker schaukeln sich Löhne und Preise

auf, und um so anhaltender ist ein einmal in Gang gekommener Inflationsprozeß (*Preis-Lohn-Spirale*).

- d) Den am häufigsten unter dem Thema Phillipskurve diskutierten Faktor bildet die Beschäftigungslage³⁴: Bei niedrigen Arbeitslosenraten — also guter Konjunktur- und Gewinnlage — steigen auf Grund verstärkter Konkurrenz um die Arbeitskräfte und erhöhter Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer die Geldlöhne rascher als bei höheren Arbeitslosenraten.

In der theoretischen und wirtschaftspolitischen Diskussion stand von diesen Faktoren die Beschäftigungslage deutlich im Vordergrund. Solange nämlich keine gezielte Beschäftigungspolitik verfolgt wurde, konnte der Einfluß der übrigen Faktoren durch die Arbeitslosenrate kontrolliert betrachtet werden: In einer Wirtschaft, in der nicht beschäftigungspolitisch eingegriffen wird, würden steigende Geldlöhne — beispielsweise auf Grund mächtiger Gewerkschaften oder eines Lohnführers — zu abnehmender internationaler Konkurrenzfähigkeit und fallender Beschäftigung führen, bis die steigende Unterbeschäftigungsrate den auslösenden Faktor dominiert. (Die Monetaristen würden in diesem Zusammenhang von einer »natürlichen« Arbeitslosenrate sprechen.) Seit nun die Regierungen die Verantwortung für eine hohe Beschäftigung übernommen haben, muß die Aufmerksamkeit den übrigen Faktoren zugewandt werden, die zwischen den einzelnen Volkswirtschaften stark differieren und daher zu sehr divergierenden Preisentwicklungen führen. Bei fixen Wechselkursen werden damit Zahlungsbilanzprobleme unvermeidlich.

4. Die Einkommenspolitik, der im Rahmen des wirtschaftspolitischen Instrumentariums die Aufgabe zukommt, eine stabile, die internationale Konkurrenzfähigkeit garantierende Preisentwicklung herbeizuführen, wird nun laufend durch Schwierigkeiten gefährdet, die in diesen übrigen Faktoren begründet liegen. Es sollen hier nur als Beispiele die Struktur der britischen Gewerkschaften und das Problem der Lohndifferenzen herausgegriffen werden. Die dezentrale Organisation der sehr starken britischen Gewerkschaften hat bisher eine effektive Einkommenspolitik verhindert. Die Phasen, in denen eine Einkommenspolitik verfolgt wurde, waren kurz und waren immer von einer um so stärkeren Aufholjagd von Preisen und Löhnen gefolgt.³⁵

Welchen Belastungsproben einkommenspolitische Maßnahmen auf Grund von Auseinandersetzungen über Lohndifferenzen ausgesetzt sein können, hat der Streik der Werkzeugmacher bei British Leyland sehr deutlich gemacht.

5. Für Volkswirtschaften mit starker internationaler Verflechtung bilden auch die Importpreise einen wesentlichen Kostenfaktor. Seit dem starken Anstieg der Rohstoffpreise, der Anfang der siebziger Jahre begann, kommt diesen große Bedeutung zu. Folgende Aspekte verdienen im Zusammenhang mit den Importkosten Beachtung:

- a) Die Preisentwicklung der Importwaren und insbesondere der auf den Weltmärkten gehandelten Rohstoffe ist der heimischen Wirtschaft weitgehend exogen vorgegeben.
- b) Eine Erhöhung der Importpreise unterscheidet sich insofern wesent-

lich von einer Lohnerhöhung, als nur die Kosten steigen und die Nachfrage unberührt bleibt, so daß zwangsläufig die Beschäftigung sinkt, wenn auf der Nachfrageseite kein Ausgleich herbeigeführt wird.

- c) Eine Abwertung, die die relativ zum Ausland gestiegenen Produktionskosten ausgleichen soll, um die internationale Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, bringt zugleich eine Verteuerung der Importe und verursacht wieder Kostensteigerungen.

So hatte die 14,3prozentige Abwertung des Pfund Sterling im November 1967 eine Steigerung der Importkosten je Stück von 11,1 Prozent im Jahre 1968 zur Folge, obwohl der »Economist«-Rohstoffpreisindex im selben Jahr um 1,6 Prozent fiel.³⁶

V. Die längerfristigen Probleme der Beschäftigungspolitik

A. Preisstabilität und Zahlungsbilanzgleichgewicht

1. Die Arbeitslosigkeit, die auf einen kurzfristigen Mangel an effektiver Nachfrage zurückzuführen ist, scheint als technisches Problem der Nachfragesteuerung von den wirtschaftspolitischen Instanzen im großen und ganzen kontrollierbar zu sein. Die Erhaltung der Vollbeschäftigung ist aber damit noch nicht gesichert; es erhebt sich ein viel schwierigeres langfristiges Beschäftigungsproblem: Mit einem länger anhaltenden Sinken der Arbeitslosigkeit gewinnen die übrigen, länderspezifischen institutionellen und strukturellen Faktoren verstärkten Einfluß auf die Lohnbestimmung, so daß es erstens zu größeren Zuwächsen und zweitens zu stärkeren Divergenzen zwischen den Ländern in der Lohnentwicklung kommt. Die Folge sind international stark differierende Inflationsraten und bei festen Wechselkursen zunehmende Zahlungsbilanzungleichgewichte. Länder, deren institutionelle Struktur — die sich historisch herausgebildet hat und schwer variierbar ist — ein überdurchschnittliches Lohnwachstum bedingt, verlieren auf den Weltmärkten an Konkurrenzfähigkeit, so daß sich ihre Zahlungsbilanz laufend verschlechtert. Die notwendigen Abwertungen bringen nur eine kurzfristige Erleichterung, da dabei nicht nur die Exporte vergünstigt, sondern auch die Importe verteuert, also die Kosten wieder erhöht werden. Der Erfolg hängt von einer Reduktion der inländischen Absorption beziehungsweise der Hinnahme von Realeinkommenseinbußen ab, die auch unmittelbar über einkommenspolitische Maßnahmen erreicht werden können. Die Einkommenspolitik, also die direkte Einflußnahme auf Löhne und Preise, wird zu einem entscheidenden Instrument der längerfristigen Beschäftigungspolitik.

Nun scheint aber gerade jene institutionelle Struktur, in der die stark inflationäre Entwicklung begründet liegt, mit einer erfolgreichen Einkommenspolitik inkompatibel zu sein,³⁷ so daß sich die Probleme der Beschäftigung — beziehungsweise der wirtschaftlichen Entwicklung ganz allgemein — in diesen Volkswirtschaften zunehmend verschärfen. Jeder Aufschwung wird von seiten der Zahlungsbilanz begrenzt und ist mit beträchtlicher Währungsunsicherheit verbunden, was zu einem Sinken der Investitions-

neigung und niedrigeren Produktionszuwächsen führt, so daß im internationalen Konkurrenzkampf die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer werden.

In Großbritannien beispielsweise wird daher eine temporäre Aufgabe der Prinzipien des Freihandels und die Errichtung von Importbarrieren gefordert,³⁸ da sich trotz starker Abwertungen seit 1967 die Lage nur verschärft hat.³⁹ Nach dieser Argumentation soll die britische Wirtschaft eine Zeitlang von der internationalen Konkurrenz abgeschirmt werden, um ihren Kapitalstock zu modernisieren.

2. Die Entwicklung der westlichen Industriestaaten im letzten Jahrzehnt scheint mit der dargelegten Beschreibung übereinzustimmen: Nachdem in den sechziger Jahren allgemein ein sehr hohes Beschäftigungsniveau erreicht worden war — zwischen 1950 bis 1960 waren in Westeuropa 1,5 Prozent des Arbeitspotentials unterbeschäftigt —, begannen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Arbeitskosten stark und differenziert zu steigen (vgl. Tabelle 2). Große Ungleichgewichte im internationalen Zahlungsverkehr waren die Folge, was schließlich 1971 zum Zusammenbruch des Weltwährungssystems von Bretton Woods führte.

Diese stark inflationäre Entwicklung wurde noch durch die Verknappung auf den Rohstoffmärkten, die 1973 zu einer Erhöhung der Rohstoffpreise um 63,4 Prozent (gemessen am »Economist«-Rohstoffpreisindex) führte, gewaltig verstärkt. Parallel dazu wuchsen die Zweifel an der Politik des Nachfragemanagements, und trotz der stark steigenden Kosten wurde in den meisten Ländern eine Deflationspolitik eingeleitet, die nicht in erster Linie die Preise, sondern die Beschäftigung traf und die Krise der Weltwirtschaft 1974/75 unvermeidlich machte.

Die hohen Inflationsraten bilden ein besonderes Kennzeichen der letzten Krise: Es zeigt sich daran deutlich, daß durch nachfragesenkende Maßnahmen Kostensteigerungen nicht einfach ungeschehen gemacht und Inflationserwartungen nicht ohne Probleme gebrochen werden können. Primär wird dadurch nur das Produktionsniveau gesenkt, die Preise werden erst über die Kostenentwicklung beeinflusst.

Die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft hat nun gezeigt, daß ein Land, dessen industrielle Beziehungen aus den historischen und institutionellen Voraussetzungen⁴⁰ heraus eine dauernde freiwillige Einkommenspolitik erlauben, eine konsequente Beschäftigungspolitik durchstehen und trotzdem eine relativ günstige Preisentwicklung verzeichnen kann. Nur Länder mit vergleichbaren *industrial relations* wie die Bundesrepublik Deutschland erreichten niedrige Inflationsraten — allerdings zu Lasten beträchtlicher Produktions- und Beschäftigungseinbußen. In Großbritannien hingegen, wo trotz gewaltiger Anstrengungen eine längerfristig erfolgreiche Einkommenspolitik bisher nicht möglich war und auch keine Aussicht dafür besteht, sind die Arbeitslosen- und Inflationsraten am höchsten.

B. Allokation und Strukturanpassung

1. Die entscheidende Schwäche des Marktsystems sah Keynes im Versagen, den Umfang der Produktion zu erklären. Sobald die Vollauslastung

der Ressourcen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gesichert wäre, hielt er den Marktmechanismus für das geeignetste Instrument, den Inhalt der Produktion zu bestimmen.⁴¹

Seine Analyse stützte sich mikroökonomisch auf das Konkurrenzmodell und ging von einem Preissystem aus, das ein effektives Allokationsinstrument darstellt: Nachfrageänderungen schlagen sich unmittelbar auf die relativen Preise nieder und geben damit die Signale für die Umleitung der Ressourcen. In den modernen Industriegesellschaften dominieren aber oligopolistische Marktstrukturen. Die Preise ergeben sich nicht automatisch aus dem Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage am Markt, sondern werden von den Anbietern festgesetzt (»administriert«). Nachfrageänderungen führen in erster Linie zu Output- und Beschäftigungsanpassungen und wirken erst über Kostenänderungen auf die Preise. Die Allokation wird je nach Auslastung der Kapazitäten gemäß den Absatzerwartungen über die Investitionen herbeigeführt.

2. Für eine längerfristige Erhaltung der Vollbeschäftigung stellt sich nun das Problem, ob die Produktionsstruktur den Präferenz- beziehungsweise Nachfrageverschiebungen der Konsumenten flexibel genug angepaßt werden kann. Gelingt dies nicht, so steigen die Importe, und die Beschäftigungspolitik wird von seiten der Zahlungsbilanz gefährdet.

Die Sicherung der Vollbeschäftigung schafft wohl ein günstiges Investitionsklima, verringert aber auch den Druck zur strukturellen Anpassung, da die Nachfragepolitik säkulare — in einer Änderung der Präferenzen begründete — Nachfrageverschiebungen eher verdeckt⁴² und ferner zusätzlich in ihrer konkreten Ausformung oft deutlich strukturkonservierend wirkt. Dieser Kritik ist vor allem die indirekte steuerliche Investitionsförderung in starkem Maße ausgesetzt,⁴³ sie trifft aber auch die direkten Förderungsmaßnahmen, wenn diese nicht gezielt strukturalpolitisch eingesetzt werden, wie das in Österreich häufig der Fall war.⁴⁴

Das Schergewicht der Beschäftigungspolitik liegt heute deutlich auf den Investitionen; Steuern und Staatsausgaben werden vor allem danach beurteilt, in welchem Ausmaß sie die private Investitionstätigkeit fördern.⁴⁵

Keynes tritt dagegen im letzten Kapitel der *General Theory*, wo er sich mit den längerfristigen Aspekten seiner Beschäftigungstheorie befaßt, für eine Stimulierung der privaten Investitionstätigkeit über eine Erhöhung der Konsumneigung ein; wobei er steuerliche Eingriffe (S. 378) und eine Einkommensumverteilung in Richtung stärkerer Gleichheit vorschlägt (S. 373).⁴⁶

In bezug auf die Investitionen meint Keynes, »daß sich eine ziemlich umfassende Sozialisierung der Investitionen zur Sicherung der Vollbeschäftigung als notwendig erweisen wird«, betont aber, daß Formen der Zusammenarbeit zwischen den »staatlichen Autoritäten und der privaten Initiative« nicht ausgeschlossen seien.⁴⁷ Beim Einsatz von investitionsfördernden Maßnahmen im Rahmen der Nachfragepolitik geht es ihm darum, den gesamtwirtschaftlichen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen.

3. Für Länder wie Österreich, deren Nachfrage- und Einkommenspolitik als relativ erfolgreich bezeichnet werden kann, besteht also das Hauptproblem der Beschäftigungspolitik in der strukturellen Anpassung.

Obwohl in Österreich die institutionellen Voraussetzungen für eine gezielte Strukturpolitik

- a) auf Grund des relativ großen verstaatlichten Sektors,
 - b) einer ausgedehnten Förderung der privaten Investitionen und
 - c) der breiten Zusammenarbeit zwischen Regierung, Unternehmern und Arbeitern im Rahmen der Sozialpartnerschaft
- sehr günstig scheinen, blieben diese bisher weitgehend ungenützt.

So dürften auch für unsere gegenwärtigen Handelsbilanzprobleme die langfristig entscheidenden Ursachen, auf die sich die Wirtschaftspolitik vor allem beziehen muß, in einer zu geringen Anpassungsfähigkeit der Produktionsstruktur begründet liegen.

VI. Schlußfolgerungen

Im Unterschied zur monetaristischen Sicht, wonach Beschäftigung und Inflation nur Probleme einer verfehlten Geldpolitik darstellen, heben die vorangegangenen Überlegungen viel schwerwiegendere, nicht einfach regulierbare, längerfristige Beschäftigungsprobleme hervor, die in den Beziehungen zwischen den Menschen im Produktionsprozeß und den Differenzen in diesen Beziehungen zwischen den Ländern begründet liegen. Eine Politik, die auf eine langfristige Erhaltung der Vollbeschäftigung gerichtet ist, muß nach den vorangegangenen Überlegungen folgenden Schwerpunkten genügen:

- a) Der neoklassische und monetaristische Glaube an die automatische Tendenz des marktwirtschaftlichen Systems zur Vollbeschäftigung aller Ressourcen stellt eine Illusion dar. *Nachfragesteuernde Maßnahmen sind unerlässlich, um die notwendige effektive Nachfrage zu erhalten.*
- b) Das Preisniveau ist nicht durch das Geldangebot determiniert, sondern durch die Geldlöhne, und wird daher bei Vollbeschäftigung zu einem besonderen Problem. Mit dem Erreichen eines hohen Beschäftigungsniveaus treibt einerseits die Konkurrenz der Unternehmer um die Arbeitskräfte und andererseits die mächtigere Position der Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen die Löhne in die Höhe, so daß Preisniveaustabilität zu einem besonderen Problem wird. *Beschäftigungspolitik kann daher längerfristig nur erfolgreich sein, wenn neben nachfragesteuernden auch einkommenspolitische Maßnahmen zur Kontrolle der Preisentwicklung durchgesetzt werden.*
- c) Differenzen in der Preisentwicklung zwischen den Ländern, die Zahlungsbilanzungleichgewichte nach sich ziehen, sind aber damit nicht auf Unterschiede in der Geldpolitik zurückzuführen, sondern liegen in vielschichtigen politisch-institutionellen Faktoren begründet, die länderspezifisch sind und sich historisch herausgebildet haben. Da diese Faktoren nicht einfach — und schon gar nicht kurzfristig — an die Erfordernisse der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden können, *muß die Wechselkurspolitik flexibler gehandhabt und am Trend der Arbeitskostenentwicklung orientiert werden.*
- d) Die strukturelle Anpassung der Produktion an die Entwicklung der Nachfrage wird weder durch einen hohen Auslastungsgrad noch durch

die verbreiteten Maßnahmen der Nachfrage- und Einkommenspolitik gefördert, sondern eher behindert, so daß *strukturpolitische Ziele im Rahmen der Beschäftigungspolitik Berücksichtigung finden müssen*.

In der österreichischen Beschäftigungspolitik bildet dieser alloka-tive Aspekt den schwächsten Punkt, und es wird dem Strukturziel besonderes Augenmerk zuzuwenden sein: An konkreten Maßnahmen wäre

1. kurzfristig eine einheitliche industriepolitische Konzeption zu erarbeiten, in deren Rahmen einerseits durch die verstaatlichte Industrie klare strukturpolitische Akzente gesetzt werden und zum anderen die investitionsfördernden Maßnahmen für die private Wirtschaft koordiniert werden;

2. mittelfristig wäre an eine Verstärkung der direkten auf Kosten der indirekten Investitionsförderung zu denken und eine Erhöhung der Fremdfinanzierungsquote anzustreben.

So gesehen, befindet sich die Beschäftigungspolitik mit dem Erreichen der Vollbeschäftigungsgrenze erst am Anfang: Sie wandelt sich von einem technischen Problem der Nachfragesteuerung zu einem Problem der gesellschaftlichen Organisation.

»Full employment capitalism« will have... to develop new social and political institutions which will reflect the increased power of the working class. If capitalism can adjust itself to full employment a fundamental reform will have been incorporated in it. If not, it will show itself an out-moded system which must be scrapped.« M. Kalecki (1943).⁴⁸

Tabelle 1

**Durchschnittliche Arbeitslosenraten und Inflationsraten
für einige ausgewählte Länder zwischen 1950 und 1976**

	Arbeitslosenraten					Konsumentenpreise in Prozent				
	1950 bis 1954	1955 bis 1959	1960 bis 1964	1965 bis 1969	1970 bis 1976	1950 bis 1954	1955 bis 1959	1960 bis 1964	1965 bis 1969	1970 bis 1976
USA	4,0	5,0	5,7	3,8	6,1	2,7	2,2	1,2	3,8	6,5
UK	1,6	1,7	1,8	2,0	3,5	5,9	3,2	4,1	10,4	13,5
BRD	8,4	3,7	0,9	1,2	2,3	1,8	1,9	2,8	2,2	5,9
Schweden	2,3	2,1	1,5	1,8	2,2	6,3	3,6	3,3	3,8	8,4
Italien			3,1	3,6	3,3	4,6	1,9	5,0	2,5	12,1
Österreich	7,3	5,2	3,0	2,7	1,9	10,1	2,4	3,6	3,0	7,2

Quelle: Yearbooks of Labour Statistics, ILO Genf; Main Economic Indicators, OECD Paris; eigene Berechnungen.

Tabelle 2

Durchschnittliche Wachstumsraten der Stundenlöhne und der Arbeitskosten je Produktionseinheit in der Industrie einiger ausgewählter Staaten für den Zeitraum 1950—1976 in nationaler Währung

	Stundenlöhne in Prozent		Arbeitskosten/Stück in Prozent		
	1950—1966	1967—1976	1950—1966	1967—1976	(1970—1976)
USA	4,0	6,9	0,9	4,8	(5,0)
UK	6,4	14,9	3,7	11,3	(13,7)
BRD	8,0	9,4	3,0	4,9	(5,1)
Frankreich	7,8*	14,0	1,9*	7,7	(9,5)
Italien	7,0	17,2	1,4**	12,4	(14,4)
Japan	7,7**	18,5	1,9**	9,1	(12,1)
Österreich	8,4** ¹	12,0	2,9** ¹	5,3	(7,9)

* 1952—1966

** 1954—1966

¹ Brutto-Stundenverdienste

Quellen: UN Statistical Yearbooks; NIESR Economic Review; Hannes Suppanz, *Ein internationaler Vergleich der Arbeitskosten*, in: »Monatsberichte des ÖIW«, 1, 1968; Ewald Walterskirchen, *Arbeitskosten im internationalen Vergleich*, in: »Monatsberichte des ÖIW«, 10, 1977.

- 1 P. A. Samuelson, *Volkswirtschaftslehre*, Bund-Verlag, Köln 1969, Bd. I, S. 455.
- 2 F. A. Hayek, *Full Employment at Any Price?* Institute of Economic Affairs, London 1975, S. 27 und 43.
- 3 M. Friedman, *The Counter-Revolution in Monetary Theory*, Institute of Economic Affairs, London 1970.
- 4 Das starke Wiederaufleben der orthodoxen Lehre in der Form des Monetarismus hat aber auch die Krise verschärft: Die monetäre Kontraktion zu einer Zeit starker, exogener Kostensteigerungen vor allem im Rohstoffbereich mußte die Krise verschärfen. Wie das Beispiel Österreich zeigt, hätten durch eine konsequente Beschäftigungspolitik die Arbeitslosenraten viel niedriger gehalten werden können.
- 5 Zitiert nach J. V. Robinson, *Kleine Schriften zur Ökonomie*, Edition Suhrkamp, Frankfurt/Main 1969, S. 45 f.; vgl. auch J. V. Robinson, *Collected Economic Papers*, Basil Blackwell, Oxford 1973, Vol. 4, Kap. II, *Essays 1935*.
- 6 J. V. Robinson, *What has become of the Keynesian Revolution?* in: J. V. Robinson (Hrsg.), *After Keynes*, Basil Blackwell, Oxford 1973, S. 11.
- 7 J. V. Robinson, *Die fatale politische Ökonomie*, Europaverlag, Wien 1966, S. 17.
- 8 P. M. Sweezy, *John Maynard Keynes*, in: R. Leckachman (Hrsg.): *Keynes' General Theory: Reports of Three Decades*, St. Martin's Press, New York 1964.
- 9 J. M. Keynes, *Thomas Robert Malthus*, in: »CW«, Vol. X, *Essays in Biography*, 1933, S. 97.
- 10 Vgl. J. V. Robinson, *Essays in the Theory of Economic Growth*, Macmillan, London 1962, Chap. II, und J. Hicks, *Some Questions of Time in Economics*, in: A. M. Tang, F. M. Westfield und J. S. Worky (Hrsg.): *Evolution, Welfare and Time in Economics. Essays in Honor of Nicholas Georgescu-Roegen*, Lexington Books, Lexington 1976.
- 11 Verwenden wir die gebräuchlichen Symbole Y , C , S und I für Volkseinkommen, Konsum, Ersparnisse und Investitionen sowie c und s für marginale Konsumbeziehungswise Sparneigung, so kann dies kurz durch folgende bekannte Beziehungen illustriert werden:

$$\begin{array}{llll} Y = C + I & Y - cY = I & 1 - c = s & S = sY = I \\ C = a + cY & (1 - c)Y = I & & \Delta S = s \Delta Y = \Delta I \\ a > 0 \quad 0 < c < 1 & & & \end{array}$$

Steigen die Investitionen, so steigt das Volkseinkommen so lange, bis die zusätzlichen Ersparnisse der Neuinvestition entsprechen.
- 12 J. M. Keynes, *Alternative Theories of the Rate of Interest*, in: »Economic Journal«, Juni 1937, in: »CW«, Vol. XIV, S. 212.
- 13 J. M. Keynes, *The General Theory of Employment, Interest, and Money*, Macmillan, London 1936, »CW«, Vol. VII, S. 167.
- 14 J. M. Keynes, *The General Theory of Employment, Quarterly Journal of Economics*, February 1937, in »CW«, Vol. XIV, S. 116.
- 15 In der Realität handelt es sich natürlich um eine ganze Palette von Zinssätzen; vgl. J. V. Robinson, *The Rate of Interest*, »Econometrica«, April 1951.
- 16 J. M. Keynes, *The General Theory...*, 1936, a. a. O. S. 161 f.
- 17 J. Hicks, *The Crises in Keynesian Economics*, Basil Blackwell, Oxford 1974; Kapitel III hat diesen Begriff geprägt.
- 18 R. F. Kahn, *On Re-reading Keynes. Fourth Keynes Lecture in Economics*, Oxford University Press, London 1975, S. 16.
- 19 Hier sind die Gründe für die Höhe der »natürlichen Arbeitslosenrate« der Monetaristen zu suchen.
- 20 Vgl. »CW«, Vol. XIV, vor allem die oben in Fußnote 12 und 14 genannten Arbeiten.
- 21 J. V. Robinson: *What has become...*, a. a. O. S. 5.

* *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, Macmillan, London, die von der »Royal Economic Society« seit 1971 veröffentlicht werden, kürzen wir mit »CW« ab.

- 22 J. Hicks, der Vater der verbreiteten Interpretation, schreibt heute: »The equilibrists ... thought that what Keynes had said could be absorbed into their equilibrium systems; all that was needed was that the scope of their equilibrium systems should be extended. As we know, there has been a lot of extension, a vast amount of extension; what I am saying is that it has never quite got to the point... the old ISLM Diagram... reduces the General Theory to equilibrium economics; it is not really in time.« J. Hicks, *Some Questions of Time*..., a. a. O. S. 140 f.
- 23 D. Winch, *Economics and Policy. A Historical Survey*, Fontana 1972, Chapt. 12, S. 279—288.
- 24 J. M. Keynes in einem Brief an Lord Beveridge, zitiert nach R. F. Kahn, *Full Employment and British Economic Policy*, Nihon Keizai Shimbun 1956 in: R. F. Kahn, *Selected Essays in Employment and Growth*, Cambridge University Press, London 1972, S. 98.
- 25 Vgl. etwa die Arbeiten von J. Robinson und R. Kahn.
- 26 A. Guger, *Der Inflationsprozeß bei administrierter Preisbildung und das Problem der Vollbeschäftigungspolitik*, in: H. Frisch und H. Otruba (Hrsg.): *Neuere Ergebnisse zur Inflationstheorie mit empirischen Ergebnissen für Österreich*, Gustav-Fischer-Verlag, Stuttgart (im Druck).
- 27 »Economic Journal«, Juni—September 1943, S. 187, zitiert nach R. F. Kahn, *Selected Essays*... a. a. O. S. 103 f.
- 28 J. V. Robinson, *Essays in the Theory of Employment*, Basil Blackwell, Oxford 1937.
- 29 J. V. Robinson, *Collected Economic Papers*, Vol. 1, Basil Blackwell, Oxford 1951, S. 85; zitiert nach J. V. Robinson, *Die fatale politische Ökonomie*, Europaverlag, Wien 1966, S. 19 Fn.
- 30 W. Blaas und A. Guger, *Institutional Setting and Economic Performance*, Mimeo 1977.
- 31 Diese Argumentation geht auf J. M. Keynes zurück, der die Lohnstarrheit mit der Bedeutung des »relativen Lohnes« begründet: »the struggle for money-wages is... essentially a struggle to maintain a high relative wage«, *The General Theory*... 1936, a. a. O. S. 252 f.
- 32 R. J. Tarling und S. F. Wilkinson, *Wage Differentials and Incomes Policy: an Inter-industry Story*, in: »British Journal of Industrial Relations«, forthcoming.
- 33 J. Eatwell, J. Llewellyn und R. J. Tarling, *Money Wage Inflation in Industrial Countries*, »Review of Economic Studies«, Oktober 1974.
- Das skandinavische Modell der Inflation kann als spezieller Fall dieser Hypothese betrachtet werden: Steigen bei festen Wechselkursen die Preise im Ausland schneller als die Produktionskosten im exponierten Sektor eines Landes, so steigt dort die Profitabilität. Dies führt zu steigenden Löhnen, die schließlich auf Grund der oben dargelegten Hypothese auf die gesamte Wirtschaft übergreifen. Vgl. H. Frisch, *Eine Verallgemeinerung des Skandinavischen Modells*, in: H. Frisch und H. Otruba, *Neuere Ergebnisse*, a. a. O.
- 34 Auch J. M. Keynes, *The General Theory*..., 1936, a. a. O. S. 251 ff. und Chapter 21, hob diesen Aspekt hervor.
- 35 R. J. Tarling und S. F. Wilkinson, *Wage Differentials*... a. a. O.
- 36 »Economic Policy Review«, Nr. 3, University of Cambridge, Department of Applied Economics 1977.
- 37 In: W. Blaas und A. Guger, *Institutional setting*..., a. a. O., haben wir gezeigt, daß die Hypothese, eine dezentrale Gewerkschaftsstruktur steht einer erfolgreichen Einkommenspolitik entgegen, einer groben empirischen Überprüfung durchaus standhält und nicht ohne weiteres verworfen werden kann.
- 38 Die Cambridge Economic Policy Group — vgl. deren »Economic Policy Review«, Nr. 1/1975, Nr. 2/1976, und Nr. 3/1977, a. a. O. — und Lord Kaldor treten für eine protektionistische Politik ein.
- 39 Der mit den Währungen der zehn wichtigsten Handelspartner gewogene Wechselkursindex des Pfund Sterling ist von 100 im Jahre 1970 auf 62,1 im Jahre 1976 gesunken (»Economic Policy Review« Nr. 3/1977, a. a. O. S. 107).
- 40 In Österreich haben die leidvollen Erfahrungen der NS-Zeit sowie die Struktur und Stellung der Kammern als gesetzliche Interessenvertretungen die Zusammenarbeit

- nach 1945 stark begünstigt. Vgl. E. Matzner, *Funktionen der Sozialpartnerschaft*, in: H. Fischer (Hrsg.), *Das politische System Österreichs*, Europaverlag, Wien 1977, 2. Aufl., S. 434 ff. Vgl. auch oben Fußnote 37.
- 41 Vgl. J. M. Keynes, *The General Theory...*, 1936, a. a. O. S. 378 ff. Die neoklassische Synthese folgt hier ganz Keynes. Vgl. das obige Zitat von P. A. Samuelson.
- 42 So zeigt die Arbeit von K. Bayer, *Die Struktur der Kapitalrenditen in der österreichischen Industrie*, in: »Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung«, Nr. 2/1977, S. 533 ff., daß erstens die Hierarchie der Renditen in der österreichischen Industrie ziemlich starr ist, und zweitens — was für unser Argument unmittelbar von Interesse ist —, daß in der Hochkonjunktur die Renditen viel weniger differieren als zu Zeiten niedriger Nachfrage.
- 43 F. Lacina, *Steuerliche Investitionsförderung — Ausbau oder Umbau?* in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Nr. 3/1976.
- 44 E. Haas und H. Wehsely, *Die direkte Investitionsförderung 1948—1976*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Nr. 3/1977.
- 45 H. P. Minsky, *John Maynard Keynes*, Columbia University Press, New York 1975, S. 158.
- 46 Für die konkrete österreichische Situation, die sich durch ein starkes Handelsbilanzdefizit auszeichnet, wäre eine solche Maßnahme natürlich vorsichtig zu beurteilen.
- 47 »I conceive... that a somewhat comprehensive socialisation of investment will prove the only means of securing an approximation to full employment; though this need not exclude all manner of compromises and of devices by which public authority will co-operate with private initiative.« J. M. Keynes, *The General Theory...*, 1936, a. a. O. S. 378.
- 48 M. Kalecki, *Political aspects of full employment*, »Political Quarterly«, Vol. 14/1943.